

Resolution des Gemeinderats für den Erhalt der Kfz-Zulassungsstelle

Beschluss: (einstimmig)

Der Kreistag wird aufgefordert, die Zulassungsstelle in Ettlingen zu belassen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der Gemeinderat der Großen Kreisstadt spricht sich gegen eine geforderte Schließung der Kfz-Zulassungsstelle in Ettlingen aus und stellt daher folgende Resolution:

„Der Gemeinderat der Stadt Ettlingen fordert vom Landkreis Karlsruhe den Erhalt der Kfz-Zulassungsstelle in Ettlingen. Die Stadt Ettlingen sieht in der geplanten Schließung eine deutliche Verschlechterung des Bürgerservices. Eine Verlagerung der Zulassungsstelle in die Dienststelle in die Innenstadt von Karlsruhe kommt für die Stadt Ettlingen aus folgenden Gründen nicht in Frage:

- Die Ettlinger Zulassungsstelle liegt verkehrsgünstig und kann bestens angefahren werden. Sie verfügt überdies über eine große Anzahl von kostenlosen Parkflächen.
- Die hohen Anmeldezahlen in der Ettlinger Zulassungsstelle belegen, dass die Bürger diese Dienstleistung gerne in Ettlingen beanspruchen.
- Der Vermieter der Räumlichkeiten ist zu einer Mietreduzierung bis hin zur mietzinsfreien Überlassung der kostengünstigen Räumlichkeiten bereit. Damit verändert sich die Kostenanalyse des Landratsamtes deutlich.
- Rund um die Zulassungsstelle in Ettlingen sind viele neue Unternehmen entstanden, die unmittelbar vom Kfz-Zulassungsbetrieb abhängig sind. Eine Schließung der Zulassungsstelle würde diese jungen Unternehmen in der wirtschaftlichen Existenz bedrohen.
- Mehr als 3000 Unterschriften konnten im Sommer 2005 kurzfristig gesammelt werden, die sich für den Erhalt der Ettlinger Kfz-Zulassungsstelle ausgesprochen haben.

Für den Gemeinderat der Stadt Ettlingen kommt eine Schließung der Kfz-Zulassungsstelle daher nicht in Frage. Der Landkreis muss auch unter dem Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit die Zulassungsstelle in Ettlingen erhalten – die großen Kreisstädte des Landkreises müssen gleichmäßig von den Einrichtungen des Landkreises profitieren.

Die Stadt Ettlingen fordert den Kreistag nachdrücklich auf, den Erhalt der Zulassungsstelle zu ermöglichen.“

- - -

Oberbürgermeisterin Büssemaker erläutert, dass die Grünen im Kreistag in öffentlicher Sitzung den Antrag gestellt haben, die Außenstellen in Bretten und Ettlingen zu schließen. Sie wurde daraufhin angesprochen, dass der Ettlinger Gemeinderat eine Resolution für den Erhalt der Zulassungsstelle stellen solle. Es wurden auch über 4.000 Unterschriften gesammelt, die

demnächst dem Landrat übergeben werden würden.

Stadtrat Foss erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie selbstverständlich für den Erhalt der Zulassungsstelle stimmen, da die Gründe in der Vorlage umfassend seien. Außerdem sei der Erhalt im Interesse der Stadt und der Bevölkerung. Seiner Ansicht nach werden hier offene Türen eingerannt, da die großen Fraktionen im Kreistag sich bereits geeinigt haben die Zulassungsstelle in Ettlingen beizubehalten.

Stadtrat Rebmann stimmt der Verwaltungsvorlage mit dem Hinweis zu, dass für ihn der Zeitpunkt der Resolution fraglich sei.

Stadtrat Lorch erklärt, dass er hinter der Resolution stehe und ein Appell gegeben werden solle. Er fügt dem hinzu, dass die Kreistagssitzung in der Schlossgartenhalle stattfinden werde und plädiert an die im Kreisrat vertretenen Gemeinderäte, dass diese für den Erhalt der Zulassungsstelle stimmen. Auch er weist darauf hin, dass demnächst die 4.000 gesammelten Unterschriften übergeben werden sollen. Seiner Ansicht nach würde durch die Schließung der Kfz-Zulassungsstelle ein Stück Bürgerfreundlichkeit verloren gehen.

Stadtrat Siess lässt wissen, dass seine Fraktion für die Resolution stimme, auch wenn die Grünen im Kreistag den Antrag gestellt hätten.

Stadträtin Lumpp stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Künzel stimmt dem Beschlussvorschlag ebenso zu und würde es positiv sehen, wenn der Gemeinderat heutige eine einstimmige Resolution verabschieden würde.

Stadtrat Haas erklärt, dass durch die Verabschiedung der Resolution offene Türen eingerannt werden würden.

Stadtrat Reich weist darauf hin, dass es in der öffentlichen Gemeinderatssitzung keine Beifallsbekundungen geben dürfe.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig vorstehender Beschluss gefasst.

Gabriela Büsse-maker
Oberbürgermeisterin

- - -

Ji/O

17. März 2006

1. Persönlicher Referent mit der Bitte um weitere Veranlassung.
2. Ordnungsamt zur Kenntnis.
3. Z. d. A.

Im Auftrag:

Natalie Jilg